

Nr. 19/23 vom 13.12.2019

Arbeitskreis „Energie & Verkehr“

Das Klimapaket der Bundesregierung – welche Herausforderungen bestehen für den Mobilitätssektor bezüglich der Umsetzung?

Berlin. Die Bundesregierung will mit dem vorgelegten Klimaschutzprogramm 2030 zur Umsetzung des Klimaschutzplans 2050 die gesteckten Klimaschutzziele erreichen. Neben dem Strom- und dem Wärmesektor wird auch der Mobilitätssektor durch konkrete Maßnahmen betroffen sein. Im Rahmen des Arbeitskreises „Energie & Verkehr“ am 11. Dezember 2019 wurde darüber diskutiert, welche Herausforderungen bei der Umsetzung der Vorhaben im Mobilitätsbereich bestehen.

Die im Klimapaket der Bundesregierung vorgesehenen Maßnahmen mit Bezug zum Verkehrssektor variierten stark in der Komplexität der juristischen Umsetzungsschritte, erläuterte Jens Vollprecht, Rechtsanwalt und Partner bei BBH Becker Büttner Held Rechtsanwälte GmbH. So sei etwa die Einführung des geplanten nationalen Emissionshandels sehr aufwändig, während die Verlängerung der Dienstwagenbesteuerung nur eine niedrige Komplexität aufweise. Bei anderen Maßnahmen komme hinzu, dass aufgrund des EU-Beihilferechts auch die EU-Kommission beteiligt werden müsse, wie z.B. bei der Förderung des Ausbaus der Ladesäuleninfrastruktur für die Elektromobilität. Vollprecht unterstrich, dass zur weiteren Förderung des Einsatzes erneuerbarer Kraftstoffe die Verabschiedung eines „Erneuerbare-Energien-Kraftstoff-Gesetz“ (EKraftstoffG) als flankierende Maßnahme denkbar sei.

Auch der Verkehrssektor müsse natürlich seinen Beitrag zu den deutschen und europäischen Klimaschutzziele leisten, betonte Dr. Florian Gizzi, Referent im Referat G 20 - Grundsatzfragen der klimafreundlichen Mobilität und Klimakabinett - im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur. Da die Klimafreundlichkeit bei allen Verkehrsträgern angestrebt werden müsse, komme man nicht um ein maßgeschneidertes Programm mit unterschiedlichen Einzelmaßnahmen herum, so Dr. Gizzi. Das im Bundes-Klimaschutzgesetz vorgesehene Monitoringverfahren sichere dabei durch die Möglichkeit zur Nachsteuerung mit Hilfe von Sofortmaßnahmen eine genaue Zielerreichung. Einen „Instrumentenbaukasten“ für Sofortmaßnahmen gebe es derzeit allerdings nicht.

Die Leiterin der Abteilung Nachhaltigkeit beim Bundesverband der Deutschen Luftverkehrswirtschaft e.V., Uta Maria Pfeiffer, warnte vor Wettbewerbsverzerrungen zulasten der deutschen Fluggesellschaften durch eine nationale Erhöhung der Luftverkehrssteuer. So sei es wichtig, das Fliegen durch den Einsatz flüssiger synthetischer Flugkraftstoffe klimaneutral zu gestalten, dies sei insbesondere für Langstreckenflüge notwendig. Zwar seien derzeit solche Kraftstoffe schon vorhanden und erprobt, jedoch noch zu teuer, um preislich mit herkömmlichem Kerosin mithalten zu können. Damit die benötigten Investitionen getätigt würden, sei es geboten, die Mehrkosten durch Ausschreibungen oder Anlagenförderung zu reduzieren.

Prof. Dr. Christian Küchen, Hauptgeschäftsführer des Mineralölwirtschaftsverband e.V., erläuterte, dass erneuerbare Kraftstoffe benötigt werden, um die Klimaschutzziele im Mobilitätssektor zu erreichen. Dabei setze der vorgesehene nationale Brennstoff-Emissionshandel jedoch keine ausreichenden Investitionsanreize zum Bau von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Kraftstoffe. Er sprach sich daher für eine Umwandlung der

Energiebesteuerung auf Kraftstoffe hin zu einer CO₂-Bepreisung aus. Daneben sei eine schnelle und ambitionierte Umsetzung der RED II in Deutschland und ein Markteinführungsprogramm für Power-to-X-Technologien notwendig. Bei der Umsetzung der RED II forderte Prof. Dr. Küchen u.a. eine einfache bilanzielle Anrechenbarkeit von THG-neutralem Wasserstoff im Raffinerieprozess.

Christian Hochfeld, Direktor von Agora Verkehrswende, kritisierte in seinem Statement, dass die aktuellen klimapolitischen Maßnahmen nicht ausreichen, um die gesteckten Klimaschutzziele einzuhalten. Vielmehr würden nun jedes Jahr im Rahmen des Monitoringverfahrens im Bundes-Klimaschutzgesetz Sofortmaßnahmen notwendig, um im Verkehrssektor die angestrebten Emissionsminderungen zu erreichen. Dabei sei es hilfreich, dass mit dem Klimapaket nun eine Reihe von möglichen Stellschrauben im Verkehrsbereich geschaffen würden, mit denen nachjustiert werden könne. Darüber hinaus sei ein kurzfristiger Erfolg der Elektromobilität im Verkehrsbereich wichtig, wengleich auch klar sei, dass E-Fuels dringend benötigt würden.

An der anschließenden Podiumsdiskussion beteiligten sich unter der Leitung von MR Helge Pols, Referatsleiter G 20 - Grundsatzfragen der klimafreundlichen Mobilität und Klimakabinetts - im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, sowie Vorsitzender des Arbeitskreises „Energie & Verkehr“, die Abgeordneten Arno Klare, MdB (SPD), Dr. Christian Jung, MdB (FDP) und Stephan Kühn, MdB (Bündnis 90/Die Grünen). Klare unterstrich, dass ein Steuern- und Abgabensystem, welches allein am CO₂-Ausstoß ausgerichtet sei, ein geeigneter Weg wäre, um auch synthetische Kraftstoffe in den Markt zu bringen. Dies sei allerdings bislang nicht umsetzbar. Zudem sei es richtig, dass im Bundes-Klimaschutzgesetz sektorenscharfe Emissionsreduktionsziele festgeschrieben würden, denn nur diese gewährleisten, dass es gleichzeitige Anstrengungen in allen Sektoren gebe. Klare begrüßte die nationale Wasserstoffstrategie und betonte, dass die Kooperation mehrerer Bundesministerien die benötigte Ideenvielfalt sichere.

Dr. Jung warnte davor, die einzelnen Mobilitätsformen gegeneinander auszuspielen. Jedem Bürger müsse eine freie Auswahl der Mobilitätsform ermöglicht werden. Vielmehr sei es notwendig, die jeweiligen Mobilitätsformen intelligent miteinander zu verknüpfen und dort einzusetzen, wo es sinnvoll ist. Daher sei es falsch, aus ideologischen Gründen die Arbeitsplätze im Bereich des Verbrennungsmotors aufs Spiel zu setzen. Die Systematik des Bundes-Klimaschutzgesetzes, bei Nicht-Erreichen der Sektorziele mit Sofortmaßnahmen nachzusteuern, biete jedoch keine Planungssicherheit - es bedürfe eher einer langfristigen Klimaschutzstrategie mit klaren Zielvorgaben.

Kühn unterstrich, dass es gleichzeitig zum Ausbau der Elektromobilität auch einen forcierten Ausbau von erneuerbaren Energien geben müsse. Ein grundsätzliches Problem beim Klimapaket bestehe seiner Meinung nach darin, dass zwar ein Bonus für klimafreundlicheres Verhalten gewährt werde, es andererseits aber keinen Malus für klimaschädliches Verhalten gebe. Ferner entfalte der vorgeschlagene nationale Emissionshandel in der geplanten Ausgestaltung keine Lenkungswirkung und stelle eine bürokratische Belastung für die Unternehmen dar. Wie auch Dr. Jung kritisierte Kühn die Sofortmaßnahmen als schädlich für die Planungssicherheit.

Wir danken dem Bundesverband der Deutsche Luftverkehrswirtschaft e.V. und dem Mineralölwirtschaftsverband e.V. für die Unterstützung sowie der Robert Bosch GmbH für die Gastfreundschaft.

Das Forum für Zukunftsenergien wünscht allen Mitgliedern und Freunden ein frohes Weihnachtsfest und für 2020 Glück, Zufriedenheit und Erfolg!

Die Präsentationen stehen in Kürze für die Mitglieder des Forum für Zukunftsenergien e.V. auf der Website (Presse/Publicationen) zum Download bereit. Sollten Sie persönlich oder Ihr Unternehmen / Ihre Institution Mitglied im Forum für Zukunftsenergien sein und noch keine Zugangsdaten haben, senden Sie bitte eine E-Mail an: info@zukunftsenergien.de.

Über das Forum für Zukunftsenergien e.V.

Das Forum für Zukunftsenergien engagiert sich als einzige branchenneutrale und

parteilos unabhängig Institution der Energiewirtschaft im vorparlamentarischen Raum in Deutschland. Der eingetragene Verein setzt sich für erneuerbare und nicht-erneuerbare Energien sowie rationelle und sparsame Energieverwendung ein. Ziel ist die Förderung einer sicheren, preisgünstigen, ressourcen- und umweltschonenden Energieversorgung. Dem Verein gehören ca. 230 Mitglieder aus der Industrie, der Energiewirtschaft, Verbänden, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung an.

Kontakt:

Forum für Zukunftsenergien e.V.
Reinhardtstr. 3
10117 Berlin

Tel.: 030 / 72 61 59 98 - 0
Fax: 030 / 72 61 59 98 - 9
www.zukunftsenergien.de
Twitter @FfZeV